

Willy Brandts

europäische Außenpolitik

Vortrag von
Bundesminister a. D. Professor Egon Bahr
am 9. Oktober 1998
im Rathaus Schöneberg zu Berlin



A 99 - 06315

Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
Heft 3

Inhalt

Herausgeber:
Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
Der Vorstand:
Präsident a. D. Dr. Gerhard Groß (Vorsitzender)
Prof. Dr. Dieter Dowe
Prof. Dr. Gregor Schöllgen

Redaktion:
Dr. Wolfram Hoppenstedt, Dr. Bernd Rother, Carsten Tessmer

© 1999 by Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
im Rathaus Schöneberg
John-F.-Kennedy-Platz
D-10825 Berlin
Tel.: 030/787707-0
EMail: info@willy-brandt.org
Internet: <http://www.willy-brandt.org>

Gestaltung:
Fürstenberg Kommunikation & Design,
Muhr am See
Realisation und Druck:
Druckerei Wenng GmbH, Dinkelsbühl

Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 1999

ISSN 1434-6176
ISBN 3-933090-02-4

| | |
|--|----|
| Willy Brandt – Stationen seines Lebens | 4 |
| Vorwort des Vorstandsvorsitzenden der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung Präsident a. D. Dr. Gerhard Groß | 7 |
| Grußwort des Kuratoriumsvorsitzenden der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung Bundespräsident a. D. Dr. h. c. Walter Scheel | 13 |
| Willy Brandts europäische Außenpolitik Vortrag von Bundesminister a. D. Professor Egon Bahr | 21 |

Willy Brandt – Stationen seines Lebens

| | |
|--------------------------|---|
| 1913 | In Lübeck geboren |
| 1930 | Eintritt in die SPD |
| 1933-1945 | Exil in Norwegen und Schweden Widerstand gegen das NS-Regime |
| 1936 | Illegaler Aufenthalt in Berlin |
| 1945-1947 | Rückkehr nach Deutschland als Korrespondent für skandinavische Zeitungen |
| 1948 | Vertreter des SPD-Parteivorstandes in Berlin |
| 1949-1957 und 1961 | Berliner Vertreter im Deutschen Bundestag |
| 1950-1969 | Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, von 1955-1957 dessen Präsident |
| 1957-1966 | Regierender Bürgermeister von Berlin |
| 1964-1987 | Vorsitzender der SPD |
| 1966-1969 | Bundesaußenminister |
| 1969-1992 | Abgeordneter im Deutschen Bundestag |
| 1969-1974 | Bundeskanzler |
| 1971 | Verleihung des Friedensnobelpreises |
| 1976-1992 | Vorsitzender der Sozialistischen Internationale |
| 1977-1983 | Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission |
| 1979-1983 | Mitglied des Europäischen Parlaments |
| 1987-1992 | Ehrevorsitzender der SPD |
| 1992 | In Unkel bei Bonn verstorben |

Vorwort des Vorstandsvorsitzenden der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung

Präsident a. D. Dr. Gerhard Groß

Willy Brandt wurde geprägt durch die wirtschaftlichen und sozialen Krisen der dreißiger Jahre, die Hitler-Diktatur, das erzwungene Exil, den Spanischen Bürgerkrieg und die unermeßliche Katastrophe, die das nationalsozialistische Deutschland über den europäischen Kontinent gebracht hat. Der Politik stellte sich nach Ende des Krieges die Aufgabe, solche folgenschweren Ereignisse künftig zu verhindern. Willy Brandt sah seine Lebensaufgabe darin, den Frieden dauerhaft zu bewahren. Dieses Ziel war ihm ein stetes Anliegen.

Seit Beginn der vierziger Jahre zählte zu Willy Brandts wichtigsten politischen Zielen, im Nachkriegseuropa eine stabile Friedensordnung – mit einem demokratischen, wiederaufgebauten und gleichberechtigten Deutschland in der Mitte – zu schaffen. In seinem zweiten Exil in Stockholm, wohin er 1940 aus Norwegen vor der einrückenden deutschen Wehrmacht geflohen war, schloß sich Brandt mit anderen demokratischen Sozialisten – die meisten unter ihnen

ebenfalls Emigranten – in einem Arbeitskreis zusammen. Die Friedensziele dieser Stockholmer „Internationalen Gruppe demokratischer Sozialisten“, in den Jahren 1942/43 formuliert, wiesen einen Weg zur politischen Neugestaltung Europas und der Welt für die Zeit nach dem erwarteten Sieg über Hitler-Deutschland und dessen Verbündete.

Willy Brandt faßte im Jahre 1947 den Entschluß, aus dem skandinavischen Exil nach Deutschland zurückzukehren und am demokratischen Wiederaufbau seiner Heimat mitzuwirken. In den folgenden Jahrzehnten war er als Regierender Bürgermeister von Berlin, als langjähriger SPD-Vorsitzender, als Bundesaußenminister und schließlich als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland eine der herausragenden Persönlichkeiten der deutschen Politik. Wie kein anderer entwickelte Willy Brandt ein Gespür für das politisch Notwendige und Mögliche in dem geteilten Deutschland und einem gespaltenen und noch immer von Krieg bedrohten

Kontinent. Die Begriffe „Politik der kleinen Schritte“ und „Neue Ostpolitik“ wurden zu Gütesiegeln einer neuen deutschen Friedenspolitik, deren Impulse auf ganz Europa und die Welt ausstrahlten. Freilich hatte Brandt auch bei der Umsetzung dieser Politik mit Widerstand im eigenen Land zu kämpfen, forderte sie doch von den Deutschen, den seit 1945 bestehenden Status quo in Europa zu akzeptieren.

Am 11. Dezember 1971 wurde Bundeskanzler Willy Brandt in Oslo mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. In seiner weithin beachteten Rede unter dem Titel „Friedenspolitik in unserer Zeit“ warb er für eine Politik des Übergangs von der klassischen Machtpolitik zu einer sachlichen Friedenspolitik, die den „geheiligten Egoismus der Nation“ aufzugeben und für ein menschenwürdiges Dasein aller einzutreten habe.

Die Außenpolitik Willy Brandts hatte stets eine besondere europäische Dimension. Bundesminister a. D. Professor Egon Bahr spricht in seinem Vortrag zum Thema „Willy Brandts europäische Außenpolitik“, den er am 9. Oktober 1998 im Rahmen der Vortragsreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung im Rathaus Schöneberg gehalten hat, von

einem *cantus firmus*. Die unverwechselbare Grundmelodie „Deutschland in Europa“ habe den Friedenspolitiker Zeit seines Lebens begleitet. Willy Brandt wollte, wie Egon Bahr betont, ein selbstbewußtes, souverän denkendes und handelndes Deutschland innerhalb eines politisch selbständigen Kontinents. Diese Grundüberzeugung sei der Schlüssel für Brandts neue Ostpolitik. Nur deshalb sei es ihm gelungen, den formal stark eingeschränkten Handlungsspielraum, dem die Bundesrepublik aufgrund ihrer Einbindung in das westliche Verteidigungsbündnis und der völkerrechtlichen Vorbehalte der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges für ganz Deutschland unterlag, effektiv zu nutzen und im Ost-West-Konflikt eine bedeutende Mittlerrolle zu spielen. Doch dazu bedurfte es, wie Bahr weiter feststellt, einer handfesten politischen Maxime: der Bereitschaft, den seit dem Zweiten Weltkrieg geschaffenen Status quo in Europa anzuerkennen, die Grenzen zu respektieren und uneingeschränkt auf die Anwendung von Gewalt zu verzichten. „Die Brandtsche Außenpolitik“, urteilt Bahr, „bleibt ein Lehrstück, wie aus einer Perspektive der Schwäche gegenüber den außenpolitischen Mitspielern das

eigene Ziel erreicht werden kann, eine veränderte europäische Landschaft, die deutsche Selbstbestimmung ermöglicht – ein Lehrstück für die Veränderung des Status quo durch Anerkennung des Status quo.“

Willy Brandts Friedenspolitik hat sich als der richtige Weg erwiesen. Die Unterzeichnung der Verträge von Moskau, Warschau und Prag – der Beginn der Versöhnung mit den Nachbarn im Osten – und die Normalisierung der Beziehungen zur DDR machten den Weg frei zur Eröffnung der „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE), an der alle europäischen Staaten – mit Ausnahme Albaniens – sowie die Vereinigten Staaten und Kanada teilnahmen. Die Schlußakte von Helsinki, die am 1. August 1975 durch die Staats- und Regierungschefs der Teilnehmerstaaten unterzeichnet wurde, machte den Gewaltverzicht zum „Grundgesetz der gesamteuropäischen Zusammenarbeit“ (Bahr). Der Grundstein für die Errichtung einer europäischen Sicherheitsordnung war gelegt. Er bildet die Voraussetzung, unter der 15 Jahre später die deutsche Einheit erreicht werden konnte.

Europäische Sicherheit und Stabilität waren nach der Ein-

schätzung Egon Bahrs die politischen Hauptziele Willy Brandts, „die deutsche Einheit war das gewünschte Nebenprodukt“. Nach Bahrs Analyse sollte die Ostpolitik zwischen 1969 und 1972 das Gelände planieren und das „Gerümpel der Vergangenheit“ so weit beseitigen, daß es den Aufbau der Zukunft nicht behindere. Diese Zukunft sei später das „Europäische Haus“ genannt worden.

Der europäische Kontinent wird seit dem Zusammenbruch der kommunistischen Staaten von schweren Krisen erschüttert. Waffen kommen in diesen Tagen häufiger zum Einsatz als noch zu der Zeit, in der Brandt Bundeskanzler war. Der Krieg bleibt – wie insbesondere die Ereignisse im Kosovo zeigen – ein Mittel der Politik auf unserem Kontinent. Das Bewußtsein, in einem gemeinsamen „Europäischen Haus“ zu leben, kann jedoch nicht mehr ausgelöscht werden. Es verlangt nachbarschaftliche Hilfe. Wenn nationale Minderheiten unterdrückt werden und andere gravierende Verstöße gegen Menschenrechte geschehen, stehen alle europäischen Staaten in der Mitverantwortung.

Nach Bahrs Urteil liegen die Fragen der europäischen Stabilität, die bis heute nicht abschließend gelöst sind, auch

nach Ende des Ost-West-Konflikts noch immer im Osten. Wie Bahr nachdrücklich unterstreicht, stellt die Geschichte die Aufgabe, in der Tradition und Kontinuität Brandtschen Denkens unserem Kontinent ein sicheres Haus zu bauen: „Willy Brandts europäische Außenpolitik zu vollenden, ist nun denen aufgegeben, die jetzt den Stab übernommen haben.“

Bundesminister a. D. Professor Egon Bahr gilt als einer der „Architekten“ der Ost- und Deutschlandpolitik Willy Brandts. Er war einer der engsten politischen Wegbegleiter des Friedenspolitikers. Der Vortrag von Egon Bahr ist ein bedeutender Beitrag eines Zeitzeugen und versierten politischen Beobachters.

Es ist mir ein dringendes Bedürfnis, im Rahmen dieses Vor-

wortes – zugleich im Namen meiner Kollegen im Vorstand – dem Kuratoriumsvorsitzenden der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, Herrn Bundespräsident a. D. Dr. h. c. Walter Scheel, sehr herzlich zu seinem 80. Geburtstag zu gratulieren, den er am 8. Juli 1999 gefeiert hat. Verbunden mit diesen Glückwünschen ist die Hoffnung, daß sich der frühere Bundesaußenminister und politische Partner Willy Brandts in der sozialliberalen Koalition, der die Außen- und Neue Ostpolitik entscheidend mitgestaltet hat, noch lange einer soliden Gesundheit erfreuen möge. Zugleich möchte ich dem Kuratoriumsvorsitzenden für die maßgebliche Unterstützung der Stiftung seit ihrer Errichtung im Jahre 1994 aufrichtig danken.

Grußwort des Kuratoriumsvorsitzenden der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung

Bundespräsident a. D. Dr. h. c. Walter Scheel

Meine sehr verehrten Damen,
meine Herren!

Als Vorsitzender des Kuratoriums der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung möchte ich Sie sehr herzlich begrüßen. Es ist für mich eine große Freude, daß auch zu unserem heutigen Vortragsabend so viele Gäste in den Willy-Brandt-Saal im Rathaus Schöneberg gekommen sind.

Der „Berliner Morgenpost“ und dem „Berliner Stadtradio Achtundachtzig Acht“ gilt mein Dank für die freundliche Unterstützung durch eine Medienpartnerschaft, die auch diese Veranstaltung in besonderer Weise in das Blickfeld der Berliner Bürger gerückt hat.

Ganz besonders herzlich begrüße ich den Referenten des heutigen Abends, Bundesminister a. D. Professor Egon Bahr.

Am gestrigen Tage, dem 6. Todestag Willy Brandts, hat in den historischen Räumen dieses Hauses unsere jährliche Kuratoriumssitzung stattgefunden. Ich war sehr erfreut über den außer-

ordentlich positiven Bericht, den der Vorstandsvorsitzende, Herr Dr. Groß, über die Arbeit der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung geben konnte.

Die Zahl der Besucher aus dem In- und Ausland in unserer ständigen Willy-Brandt-Ausstellung ist in diesem Jahr weiter angestiegen. Viele von ihnen haben an dem großen Willy-Brandt-Quiz teilgenommen, das die Stiftung ausgerichtet hat. Ich möchte auch von dieser Stelle aus den drei Hauptgewinnern unseres Willy-Brandt-Quiz sehr herzlich gratulieren: Frau Anke Friedrich, Herrn Horst Röhl und dem Schüler Alexander Käßler. Sie werden in nächster Zeit nach Bonn fliegen, um das Willy-Brandt-Archiv im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung zu besichtigen. Darüber hinaus werden Sie Gelegenheit haben, den Deutschen Bundestag zu besuchen. Ich wünsche Ihnen zu dieser Reise, die ja noch vor Mai nächsten Jahres stattfinden muß, um den Bundestag noch in Bonn anzu-

treffen, viele bleibende Eindrücke und alles Gute.

Bedeutende Fortschritte macht auch unser zehnbändiges Willy-Brandt-Editionsprojekt, die „Berliner Ausgabe“. Der erste Band wird Willy Brandts Wirken im skandinavischen Exil umfassend erhellen. Er wird von Herrn Professor Einhart Lorenz, einem der führenden deutschsprachigen Emigrationsforscher, bearbeitet und bereits im Jahre 2000 der Öffentlichkeit präsentiert werden.

Die große Zahl der Gäste, die heute wieder zu uns in das Rathaus Schöneberg gekommen sind, bestätigt, daß sich unsere Vortragsreihe bereits als eine allseits anerkannte Veranstaltung in Berlin etabliert hat.

Heute habe ich das Vergnügen, einen äußerst wichtigen Zeitzeugen als Referenten zu begrüßen, dessen Name untrennbar mit der Ost- und Deutschlandpolitik Willy Brandts verbunden ist: Bundesminister a. D. Professor Egon Bahr.

Journalisten und Historiker haben versucht, Ihre Bedeutung für den früheren Regierenden Bürgermeister, späteren Außenminister und Bundeskanzler Brandt in passende Worte zu fassen. Es wurde von dem „Architekten der Außen- und

Deutschlandpolitik“ oder auch von dem „Kissinger Brandts“ gesprochen.

So viel Hochachtung und Anerkennung diese Bezeichnungen auch zum Ausdruck bringen mögen; ganz besonders, meine ich, sollte auch der Blick darauf gerichtet werden, daß Sie Willy Brandt Ihren Freund nennen konnten.

Ihre Wege haben sich Anfang der 50er Jahre – inmitten des Kalten Krieges – hier in Berlin gekreuzt. Sie hatten sich zu diesem Zeitpunkt bereits als gewandter Journalist und scharfsinniger politischer Beobachter in unserem Land – ich darf sagen: in beiden Teilen Deutschlands – einen hervorragenden Namen gemacht. Seit 1953 waren Sie als Chefredakteur für den RIAS tätig.

1960 berief Sie der Regierende Bürgermeister von Berlin an die Spitze des Presse- und Informationsamtes. Seit diesem Zeitpunkt standen Sie – gemeinsam mit Klaus Schütz, Heinrich Albertz und Dietrich Spangenberg – Willy Brandt als enger politischer Berater und Mitstreiter zur Seite.

Die Stadt befand sich damals in der zweiten Berlin-Krise, aufgelöst durch das Chruschtschow-Ultimatum. Der Würge-

griff der Kommunisten zog sich wieder enger um den freien Teil der Vier-Mächte-Stadt.

1961 folgte der Bau der Mauer, die so viel unsägliches Leid über diese Stadt und ihre Bürger gebracht hat. Die Enttäuschung, daß die drei westlichen Schutzmächte die Zweiteilung Berlins ohne nennenswerten Widerstand hingenommen haben, wog schwer. Fortan waren Sie – mit Willy Brandt hier in der politischen Verantwortung stehend – wie an keinem anderen Ort mit den Realitäten im geteilten Deutschland konfrontiert. Die Trennung der Menschen war für Willy Brandt und Sie nicht hinnehmbar; die Einheit der Nation durfte nicht aufgegeben werden.

Darin waren Sie sich mit dem Regierenden Bürgermeister Willy Brandt einig: Es bedurfte eines deutschen Beitrags, um die unerträgliche Situation der Menschen in der geteilten Stadt und unserem geteilten Land zu lindern. Die Bundesregierung konnte nicht länger erwarten, daß sich im wesentlichen nur unsere westlichen Verbündeten und Freunde – trotz aller alliierter Verantwortlichkeit für Deutschland als Ganzes – in der deutschen Frage engagierten und für den freien Teil unserer geteilten Nation sprachen. Eine

deutsche Initiative mußte hinzukommen, um die Lage in Deutschland zu verändern – ein westdeutscher Beitrag zur Entspannungspolitik des Westens.

Der Vortrag, den Sie am 15. Juli 1963 in der Evangelischen Akademie in Tutzing gehalten haben, hat Geschichte gemacht. Ihre brillante Analyse ging davon aus, daß die kommunistische Herrschaft in Mittel- und Osteuropa nicht beseitigt, sondern nur verändert werden könne: dies jedoch nicht durch Abgrenzung und Isolation. Die Chance – so Ihre These – liege darin, sich selbst und die andere Seite zu öffnen. Eine Verständigung mit dem Osten sei dabei nur über eine Anerkennung des Status quo in Europa möglich.

Die Formel „Wandel durch Annäherung“, die Sie geprägt haben, wurde berühmt. Sie steht deutschlandpolitisch für die Überzeugung, daß die Nachkriegsrealitäten in Europa – und damit auch die vorübergehende Existenz von zwei deutschen Staaten – nicht durch Umbrüche beseitigt werden konnten. Nicht zuletzt sollte der Führung der DDR das Selbstvertrauen gestärkt werden, mit der Bundesrepublik Deutschland zusammenzuarbeiten und Veränderungen jenseits der Mauer einzuleiten.

Die SED hat Ihre Thesen damals als eine „Aggression auf Filzlatzchen“ bezeichnet. Ich glaube, das hat Ihnen eher geschmeichelt, als daß Sie sich darüber geärgert haben.

Konnte die Mauer schon nicht beseitigt werden, mußte sie durchlässiger sein. Dies war Ihr festes Ziel. Sie teilten die Überzeugung Willy Brandts, daß die Begegnung der Menschen aus Ost und West das Gefühl für die Einheit der Nation wahren und allmählich zu einer Öffnung der DDR – eines Tages sogar zu grundsätzlichen Reformen – führen könnte.

Die ersten Schritte einer neuen Deutschlandpolitik wurden unter dem Regierenden Bürgermeister Willy Brandt hier in Berlin gegangen. Bei den Passierscheinverhandlungen, an denen Sie, sehr geehrter Herr Bahr, maßgeblich beteiligt waren, ließen beide Seiten die scheinbar unüberbrückbaren Gegensätze und Begrifflichkeiten einmal beiseite. Und es wurde ein bedeutender Durchbruch erzielt: Nach mehr als zwei Jahren Trennung konnten sich die Menschen, die auf beiden Seiten der Mauer lebten, zu Weihnachten 1963 erstmals wieder in die Arme schließen.

Ein ost- und deutschlandpolitisches Umdenken bei der Mehr-

heit der westdeutschen Bevölkerung – und in Bonn – setzte erst allmählich ein. Auch Sie waren damals heftigen Angriffen Ihrer politischen Gegner ausgesetzt. Nach dem für Willy Brandt enttäuschenden Ausgang der Bundestagswahl von 1965 ermutigten Sie ihn, nicht aufzugeben. Die Politik der kleinen Schritte müsse weiterverfolgt werden – so wie in Berlin endlich auch auf Regierungsebene in Bonn.

Als im Oktober 1969 die sozialliberale Koalition unter Bundeskanzler Willy Brandt, der ich als Bundesaußenminister angehörte, gebildet wurde, haben wir die neue Ost- und Deutschlandpolitik zielstrebig fortgesetzt. Ich denke immer noch mit einiger Genugtuung daran, daß ich Willy Brandt seinerzeit empfohlen habe, den gerade neu ernannten Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Egon Bahr, mit ersten Sondierungsgesprächen Ende Januar 1970 in Moskau zu beauftragen. Die Bundesregierung hätte sich keinen besseren und hartnäckigeren Unterhändler im Kreml wünschen können. Auch bei den abschließenden Verhandlungen waren Sie – nicht zuletzt wegen Ihrer in Berlin geknüpften persönlichen Beziehungen zu führenden Mitgliedern der sogenannten sowjetischen No-

menklatura – ein unentbehrlicher Berater meiner Delegation. Ihre nachhaltigen Erfolge, Herr Bahr, bei den Verhandlungen mit der sowjetischen Regierung konnten weder die indiskrete Veröffentlichung des sogenannten „Bahr-Papiers“, das die Ergebnisse Ihrer Sondierungen mit Außenminister Gromyko vorzeitig preisgab, noch die lautstarken Kritiker zu Hause schmälern.

Der Moskauer Vertrag über Gewaltverzicht, den Bundeskanzler Willy Brandt und ich für die Bundesrepublik schließlich am 12. August 1970 unterzeichneten, leitete den Weg zur Versöhnung unseres Volkes mit seinen Nachbarn im Osten und eine Phase der politischen Entspannung in Europa ein. Im „Brief zur deutschen Einheit“, der von unserer Seite dem Vertrag beigegeben wurde, erläuterten wir das klare Ziel unserer Politik, „... auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.“

Der Text des „Briefes zur deutschen Einheit“ stammt aus dem Jahre 1970 – 20 Jahre vor dem Ereignis, das gemeinhin als Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten bezeichnet wird und in die Geschichte die-

ses Jahrhunderts eingegangen ist. Ich möchte ausdrücken, meine Damen und Herren, daß die Wiedervereinigung keine Entscheidung, kein Entschluß oder Ereignis eines einzigen Tages gewesen ist, sondern ein Prozeß, der schon sehr früh begonnen hat und zu dem alle Bundesregierungen seit 1949 ihren eigenen Beitrag geleistet haben. Sie alle haben den Aufruf in der Präambel unseres Grundgesetzes sehr ernst genommen, nach der das gesamte deutsche Volk aufgefordert war, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit unserer Nation zu vollenden.

Der Wortlaut des „Briefes zur deutschen Einheit“ ist nahezu ein „Drehbuch“ für die besonderen Schritte, die 20 Jahre hindurch unternommen wurden, um dieses Ziel zu verwirklichen. Diese Schritte waren der Moskauer Vertrag, der Warschauer Vertrag und der Vertrag mit der Tschechoslowakei; dazu zählten das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin und die vielen Übereinkommen, die mit der DDR abgeschlossen wurden und die es nach und nach ermöglichten, zunächst scheinbar unlösbare politische Fragen zum gegenseitigen Vorteil zu lösen. Von besonderer Bedeutung war auch der evolutionäre Wandel der NATO

von einem reinen Verteidigungsbündnis des Westens zu einer Gemeinschaft mit dem politischen Ziel, die Staaten des Warschauer Paktes für eine friedliche Kooperation und den konstruktiven Aufbau des gemeinsamen Hauses Europa zu gewinnen.

Als im Dezember 1970 der Warschauer Vertrag unterzeichnet wurde, hatten Sie, sehr geehrter Herr Bahr, in Berlin bereits erste Gespräche mit den Vertretern der DDR aufgenommen. Das Ziel war eine Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten. Um dies zu erreichen, war beinahe die Quadratur des Kreises notwendig. Es entspricht Ihrer pragmatischen Natur und Ihrem unbestechlichen Realismus, daß in den Grundlagenvertrag mit der DDR auch Passagen eingeflossen sind, in denen festgeschrieben wurde, in gewissen Fragen eben uneinig zu bleiben. Das tat dem Sinn und Zweck dieses Vertrages keinen Abbruch. Auf den Punkt gebracht hat dies der Satz, den Sie unmittelbar nach Unterzeichnung des Grundlagenvertrages ausgesprochen haben: „Bisher hatten wir keine Beziehungen zur DDR, jetzt haben wir welche, wenn auch schlechte.“

Der deutschland- und ostpolitische Kurs, den wir in der sozial-

liberalen Koalition unter Bundeskanzler Willy Brandt eingeschlagen haben, hat sich auf Dauer als richtig erwiesen. Das Ziel unserer Politik war erreicht, als am 9. November 1989 die Mauer fiel und wenig später die deutsche Einheit – in einem geeinten Europa – Wirklichkeit wurde.

Auch in den Jahren nach unserer gemeinsamen Regierungsarbeit haben Sie, sehr geehrter Herr Bahr, nie aufgehört, Ihre ganze Kraft in den Dienst unseres Landes und seiner Bürger zu stellen: als Abgeordneter im Deutschen Bundestag, als Bundesminister für besondere Aufgaben, in vielfältigen Ämtern in Ihrer Partei und als Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Ihr besonderes Anliegen war es – in Übereinstimmung mit der politischen Vision und dem unbeugsamen Willen Willy Brandts –, den Frieden auf dieser Welt sicherer zu machen. Dabei schreckten Sie weder vor unbequemen Mahnungen, unkonventionellen Ansätzen noch vor kühnen Initiativen zurück.

Ihr Vortrag am heutigen Abend wird sich mit „Willy Brandts europäischer Außenpolitik“ befassen. Der frühere Bundeskanzler hielt die Bezeichnung „Ostpolitik“ für die Außenpolitik gegenüber unseren Nachbarn im

Osten für eher unglücklich gewählt. Brandt befürchtete – um es mit seinen eigenen Worten auszudrücken –, es könne der irreführende Eindruck entstehen, er halte die Außenpolitik „für eine Kommode, bei der man mal die eine, mal die andere Schublade aufzieht“.

Tatsächlich waren Willy Brandts Politik gegenüber unseren Freunden im Westen und

seine Politik gegenüber den Nachbarn im Osten untrennbar miteinander verbunden.

Willy Brandts Außenpolitik hatte immer eine besondere europäische Dimension. Ich freue mich, daß uns Herr Bahr als früherer enger Mitarbeiter Willy Brandts jetzt mehr darüber sagen wird.

Ich danke Ihnen.

Willy Brandts europäische Außenpolitik

Vortrag von Bundesminister a. D.
Professor Egon Bahr

Große politische Persönlichkeiten kann man auch daran erkennen, daß im Auf und Ab ihres Lebens eine unverwechselbare Grundmelodie hörbar bleibt. Dieser *cantus firmus* heißt bei Willy Brandt „Deutschland in Europa“. Das ist nur auf den ersten Blick nicht verwunderlich bei einem Mann, dem die Hitlerei die Staatsbürgerschaft aberkannte, und der natürlich über die Zukunft seines Landes in einem Europa nach dem Kriege sinnierte. Erstaunlich wird die Konsistenz seines Denkens angesichts der epochalen Umbrüche, die er erlebte: Macht und Glanz eines von Hitler beherrschten Kontinents, für die allermeisten scheinbar kaum anfechtbar, totale Niederlage des Reiches, in der bedingungslosen Kapitulation besiegt, die Ohnmacht der Besiegten, die Auseinandersetzung

der Sieger, gipfelnd in Teilung und Mauer und einem labilen Gleichgewicht, mehr als einmal von offenem tödlichen Konflikt bedroht, Kalter Krieg und friedliche Koexistenz zwischen einem erstarkenden Westen und einem Osten, der sich selbstsicher im Besitz der Zukunft gibt, gestützt auf eine umfassende Ideologie ebenso wie auf technische Spitzenleistungen, und dann schließlich der unblutige Zusammenbruch der Sowjetunion, das Ende einer Epoche, die 1917 begonnen, die Weltpolitik dieses Jahrhunderts geprägt hat, und nun die zu ihrem eigenen Erstaunen friedlich übriggebliebene Supermacht, die sich in dieser ganz neuen Welt zu orientieren hat.

Und während dieser gigantischen tektonischen Verschiebungen der politischen Landschaft können wir bei Brandt eine frappierende Kontinuität

feststellen. Der *cantus firmus* seiner Vorstellungen lautet, um es noch einmal konkreter zu sagen: ein selbstbewußtes Deutschland in einem selbständigen Europa, das eine wichtige Rolle als zivile Weltmacht spielt. Für diese Vorstellung hat der Emigrant und Rückkehrer, der Bürgermeister geworden, der Außenminister und Bundeskanzler wichtige Weichen gestellt, der Elder Statesman das gewonnene Ansehen eingesetzt mit einem sehr interessanten Ergebnis: Das Ziel ist nähergerückt, aber nicht erreicht, und gerade deshalb sind seine Vorstellungen aktuell und modern geblieben, unberührt vom vielfachen historischen Gezeitenwechsel. Weil sie unerfüllt und unvollendet sind, haben sie für Gegenwart und Zukunft Bedeutung über den Tod des Mannes hinaus behalten. Unwillkürlich denkt man an de Gaulle, dessen europäische Visionen ähnlich unerfüllt und aktuell weiterwirken.

Wäre die zivile Weltmacht Europa mit einem selbstbewußten Deutschland schon Wirklichkeit, würden wir darüber diskutieren, was sie machen und bewegen soll, ganz der Zukunft zugewandt; so aber sind wir noch immer damit beschäftigt, sie erst einmal zu schaffen. Überzeugt, daß sie notwendig, jedenfalls

wünschenswert ist, doch ungewiß, ob sie zustande zu bringen ist. Europa befindet sich weiter im Stadium des Übergangs zu einer stabilen neuen Ordnung. Brandt war ein Mann im Zeitübergang, auf dem Wege zu neuen Ufern, die er schon sah, aber nicht erreichte. Die deutsche Einheit, für die er gearbeitet, für die er Voraussetzungen geschaffen hat, und die er unverhofft noch erleben durfte, ist nur eine Zwischenstation. Die Stabilität einer Ordnung, die der Kontinent mit dem Ersten Weltkrieg verlor, ist für das nächste Jahrhundert neu zu gewinnen, unter gänzlich veränderten Bedingungen auf unserem Globus.

Bevor ich mich dem eigentlichen Thema zuwende, ist der Hinweis nötig, daß die globale Seite der Brandtschen Außenpolitik einer eigenen Betrachtung bedarf. Daß er nicht nur eurozentristisch dachte, bewies der Präsident der Sozialistischen Internationale, die erst durch ihn eine weltweite Dimension erhielt. Von der Nord-Süd-Kommission, deren Bericht seinen Namen erhielt, lassen sich Linien bis zu den großen UN-Konferenzen zur Bewahrung der Umwelt und zu den Anregungen ziehen, die unter dem schwer übersetzbaren Titel *Global Governance* Ordnungsre-

geln für unsere Welt formuliert haben. Man muß den letzten Generalsekretär der Vereinten Nationen, den Ägypter Boutros Boutros-Ghali, über seinen Freund Brandt sprechen hören, um zu ermessen, in welcher Weise dieser Deutsche, ob mit oder ohne Amt, weltweit Orientierung gegeben und Einfluß ausgeübt hat. Den deutschen Blick über den eigenen und den europäischen Nabel zu lenken, ist weder einfach noch populär gewesen und geblieben. Ein Beispiel, gewissermaßen ein verbindendes Element, stellt die Rede dar, die der Bundesaußenminister im September 1968 in Genf auf der Konferenz der Nicht-Kernwaffenstaaten gehalten hat. Er versuchte, einen gemeinsamen Nenner für alle Staaten zu formulieren, die über keine Atomwaffen verfügen, „trotz verschiedener Gesellschaftssysteme, politischer Standorte und sonstiger Orientierung. Was uns alle eint“, so Willy Brandt, „ist der Wille, auf das Atom als Waffe zu verzichten. Was uns alle eint, ist allerdings auch die Überzeugung, daß unseren Völkern aus dieser Selbstbeschränkung keine Deklassierung erwachsen darf ... Wer Macht hat, zumal atomare Macht, der hat noch nicht die Moral auf seiner Seite, auch nicht die Weisheit ... Die großen Ge-

fahren für die Menschheit gehen von großen Mächten aus und nicht von kleinen. Es muß auch um die Definierung der Pflichten gehen, denen sich die Kernwaffen-Mächte zu unterwerfen haben.“ Das war eine ziemlich kecke Sprache für den Vertreter eines noch nicht souveränen Teilstaats, auf dessen Boden einige Tausend Atomsprengeköpfe lagerten. Er wäre gern noch mutiger gewesen, wenn er durch den Partner der Großen Koalition nicht gebremst worden wäre. Als aus dem Kanzleramt Änderungswünsche und weiche Formulierungsvorschläge gedrahtet wurden, reagierte er empört und verletzt, daß ausgerechnet ein NSDAP-Mitglied aus Ribbentrops Außenministerium ihn an die Leine legen wollte. Abzureisen und die entmannte Rede verlesen zu lassen, überlegte er, ehe er im Interesse der Großen Koalition, die nicht an einem solchen Punkt platzen durfte, teils einlenkte, teils sich über Anregungen aus dem Palais Schaumburg hinwegsetzte. Kein Zweifel, daß die Genfer Erfahrungen, also Außenpolitik, ganz wichtig für den Entschluß gewesen sind, diese Gängelung loszuwerden, wenn es irgend geht; und das wurde zur Innenpolitik, ziemlich genau ein Jahr später.

Innenpolitisch wurde um den Nichtverbreitungs-Vertrag heftig gekämpft, den der Vorsitzende der CSU, Franz-Josef Strauß, als „Super-Versailles“ verleumdete, während der Vorsitzende der SPD ihn als Hebel sah, der Bundesrepublik eine globale Wirkungsebene als Gleicher unter Gleichen zu verschaffen. Von deutscher UN-Mitgliedschaft war noch keine Rede. Die Überlegungen, daß die Bundesrepublik eine interessante globale Rolle als eine der Stärksten unter den Schwachen finden könnte, wurde damals in Genf in die solidarisierende Formulierung verdichtet: „An uns Nicht-Kernwaffenstaaten liegt es, sie (die Kernwaffen-Besitzer) nicht aus ihren Verpflichtungen zu entlassen.“

Das ist übrigens nicht falsch geworden, seit Indien und Pakistan sich unüberhörbar im Kreis der Atommächte gemeldet haben, während Israel es vorzieht, eine zu sein, ohne sich zu melden. Brandt lehnte es damals ab, „unergiebigen Widerstand gegen jene Weltmächte zu organisieren, denen die Geschichte eine ungeheure Verantwortung aufgeladen hat, um die ich sie nicht beneide.“ Doch koordiniertes Drängen auf Reduktion von atomaren und konventionellen Waffen und die Beseitigung von

biologischen und chemischen Waffen ist für Brandt eine feste unverrückbare Größe seines universalen wie kontinentalen Denkens geblieben, bei dem er überhaupt kein Risiko sah, es könnte mit europäischen Interessen und Verpflichtungen des eigenen Landes in Konflikt kommen. Das ist wohl auch für das vereinte Land nicht anders. Wer heute über die außenpolitische Wirkung Willy Brandts sprechen will, muß die Bedeutung von zwei elementaren Faktoren erwähnen, über die schon vor dreißig Jahren kaum geredet wurde: Er hatte den Nazismus bekämpft, und er hatte gegen den Kommunismus gekämpft. Seine Partner im Westen hatten erlebt, wie er die bedrängte Festung Berlin verteidigt hatte, und seine Partner im Osten hatten nicht vergessen, welche Risiken er gegen Hitler eingegangen war. Beide Seiten konnten ihm vertrauen. Daß er Antikommunismus für dumm hielt, daß er Antiamerikanismus für dumm hielt, bedeutete keine Äquidistanz für einen Mann, der im Zweifel für die Freiheit war, was weder im Westen noch im Osten bezweifelt wurde. Sein Lebensweg gestattete eine Außenpolitik der geistigen Selbständigkeit, um nicht zu sagen Souveränität, die sich jedenfalls damals

kaum ein anderer hätte leisten können und dürfen.

Das zweite Element liegt in seinem durch den Lebensweg geformten Charakter. Herkommen und Erfahrung prägen einen Menschen. Er hatte Zwängen zu folgen gelernt, sich anpassen müssen und die Erfahrung, wie man sich fühlt, wenn man herumgestoßen wird, hatten zu einer Haltung geführt, anderen gegenüber nicht den Boß hervorzukehren, möglichst nicht zu befehlen, sondern zu überzeugen und zu gewinnen. In Berlin war er verfassungsgemäß *primus inter pares*, der nur durch die Kraft der Persönlichkeit wirken konnte; vom Bonn der Großen Koalition war schon die Rede. Und selbst der Bundeskanzler wußte um die Grenzen der Richtlinienkompetenzen in einer Koalition. Was manche für Schwäche hielten, stärkte die Zähigkeit, mit der er eigene Interessen sehr zielbewußt verfolgte. Er verkörperte etwas von der Kraft der Gewaltlosigkeit. Mit diesen Eigenschaften wirkte einer, der aus der Nation ausgesperrt worden war, für die Nation.

In der unwiederholbaren Situation vor einer Generation, auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges im geteilten Land, war Willy Brandt ein Glücksfall für Deutschland.

Ausgerechnet vor der New School for Social Research, einer Gründung deutscher Emigranten in New York, dankte er für die Verleihung der Ehrendoktorwürde mit ehrlich unbequemen Ausführungen darüber, wie er die Situation seines Volkes sehe. „Das deutsche Volk hat zwölf Jahre lang den Nationalismus bis zum Exzeß getrieben. Dem totalen Anspruch auf Hegemonie folgte der totale Sturz. Das Ergebnis war, neben vielem anderen, daß das Nationalbewußtsein zu einer negativen Größe, zu einer Minus-Einheit im Leben Deutschlands wurde ... Es wird die Aufgabe der deutschen Politik in den nächsten Jahren sein, daß das nationale Bewußtsein des deutschen Volkes sein Gleichgewicht findet. Daß nach Exzeß und Negation das wahre Maß des Nationalgefühls gefunden wird, das frei ist von Überheblichkeit. Ob es gelingt, wird die eigentliche Entscheidung über das Schicksal der Demokratie in Deutschland sein.“ Und er fügte über die Verantwortung der demokratischen Parteien hinzu: „Wenn sie davor versagen würden, wenn sie das nationale Selbstverständnis nicht begreifen würden, wenn sie die Flagge sinken lassen würden, dann und nur dann könnte sie einer aufheben, um aus dem na-

tionalen Gefühl der Enttäuschung die Waffe des Radikalismus zu schmieden.“ Er bat um Verständnis für den „gesunden Prozeß der Genesung eines Volkes, das auf die Dauer nicht ohne Stolz auf sich selbst leben kann.“ Nur ein ausgewiesener friedlicher Internationalist konnte damals so sprechen.

Ich erinnere mich, wie sorgfältig diese Rede erarbeitet wurde als Fortsetzung dessen nach außen, was nach innen auf dem Parteitag in Hannover 1960 ebenso überlegt formuliert worden war; da war das Wir-Gefühl für die gemeinsame jüngere Geschichte, aus der man nicht austreten kann, in Namen gefaßt worden, beginnend mit Bismarck, gar nicht so einfach für den Kanzlerkandidaten der SPD, über August Bebel und Friedrich Ebert, unter Auslassung Paul von Hindenburgs, bis Freiherr Graf Schenck von Stauffenberg. Sechs Jahre später erklärte der Vorsitzende seiner Partei: „Kein Volk kann auf Dauer leben, ohne sein inneres Gleichgewicht zu verlieren, wenn es nicht Ja sagen kann zum Vaterland.“ Das war die Brandtsche Version für das von ihm gern benutzte Zitat Abraham Lincolns, der in einer tödlichen Krise für die Einheit seines Volkes das Bibelwort aufge-

griffen hatte, daß ein in sich gespaltenes Volk nicht bestehen kann. Das alles in Zeiten der Teilung gesagt, ist bestürzend aktuell geblieben, nachdem auch im Jahre Neun der Einheit Mentalität und Lebenswirklichkeit in den beiden Deutschländern so unterschiedlich geblieben sind.

Vor dem Hintergrund des Bewußtseins für die notwendige nationale Identifikation wuchs gewissermaßen selbstverständlich jener Teil der Brandtschen Außenpolitik, der für mehr Selbständigkeit und selbstbewußtes Vertreten deutscher Interessen warb. Schon als Regierender Bürgermeister hat er 1963 (in Tutzing) erklärt, die Bundesrepublik sei „erwachsen genug“, um „als Gleicher unter Gleichen im Konzert des Westens eine selbständige Rolle spielen zu können“. Zwei Jahre später, in der schon erwähnten Rede in New York, fand er es an der Zeit, „daß wir die Eierschalen der Nachkriegszeit abwerfen und in unseren Beziehungen zu anderen Staaten wie Erwachsene handeln. Wir dürfen uns nicht länger mehr wie unmündige Kinder benehmen, die immer hilfeschend auf den Vormund blicken.“ Die Volljährigkeit des Individuums heißt bei Staaten Souveränität, Verantwortung für das eigene Schicksal in

den Grenzen, die für den einzelnen die Gesetze und für die Staaten ihre eingegangenen internationalen Verpflichtungen ziehen. Die geistige und politische Emanzipation der Deutschen als Voraussetzung der geistigen und politischen Gesundung der Deutschen vertrat Brandt schon zu einer Zeit, bevor er als Kanzler zeigen konnte, was damit gemeint war. Und das mehr als die Spanne einer Generation, bevor das vereinte Deutschland seine volle Souveränität völkerrechtlich zurückerhielt.

Was ist seitdem im Denken und im Bewußtsein der Politik verlorengegangen, wenn Bundespräsident Roman Herzog 1995 die Mahnung für angebracht hielt: „Das Ende des Trittbrettfahrens ist erreicht“? Die Zeit des bloßen „Mitagierens im Rahmen einer westlichen Bündnispolitik“ sei vorüber. „Es gibt eine deutsche Politik, weil es deutsche Interessen gibt, auch außerhalb der Bündnispolitik und des traditionellen Ost-West-Gegensatzes.“ Ohne diesen letzten Zusatz könnte man annehmen, das sei die Erläuterung von Herzog gegen das Trittbrettfahren; aber die Gewohnheit angepaßten Denkens ist nicht mit dem Ende des Ost-West-Gegensatzes gestorben.

Über die Jahrzehnte hinweg

ist es ein weltpolitisches Thema ersten Ranges geblieben, wie weit Europa sich von Amerika emanzipieren kann. In den sechziger Jahren waren die USA zum Schutze Europas, zur abschreckenden Balance gegenüber der zweiten Supermacht unentbehrlich. Trotzdem blieb diesseits des militärischen Sektors Raum für wünschenswerte Eigenständigkeit. Die USA sollte es nicht beunruhigen, wenn Deutschland und Europa ihr Schicksal selbst mitformen wollen, befand Brandt. „Wenn jetzt die Europäer etwas mehr tun, auch wenn die Vereinigten Staaten das nicht erwarten, wenn also die Europäer Zeichen unabhängigen Denkens zeigen und eigene Initiativen entwickeln, dann geschieht das nicht notwendigerweise, weil ihre Ziele mit denen der Vereinigten Staaten in Widerspruch stünden. Es ist, weil die Europäer zu erwachsen sind, um im Kinderwagen herumzufahren zu werden. Und das Kinder mädchen von gestern sollte das verstehen und diese Art der Unabhängigkeit nicht als etwas Gegensätzliches betrachten. Was in Deutschland und in Europa geschieht, ist weiterhin nur der natürliche Lauf der Geschichte. Geschichte darf man nicht übelnehmen.“

Inzwischen gibt es die Sowjetunion nicht mehr, die potentielle Bedrohung durch den Warschauer Pakt ist weg. Das Schutzbedürfnis Europas auch. Wann eigentlich, wenn nicht unter diesen fundamentalen neuen Gegebenheiten will Europa seine Identität formen? Man möchte Brandt jetzt hören, wie er seine Ausführungen vor 35 Jahren und die Tatsache kommentieren würde, daß noch immer darüber geschwätzt wird, Europa sollte mit einer Stimme sprechen können. Wen wundert es, wenn ein Mann wie der frühere Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Zbigniew Brzezinski, von einem Protektorat spricht, als ob es den Epochenwechsel nicht gegeben hätte? Oder ein bewährter amerikanischer Freund unseres Landes, Gerald Livingstone, das nachlassende Interesse an Deutschland damit erklärt, daß die Bundesrepublik vierzig Jahre lang der treueste Vasall der USA gewesen sei und man mit keiner Änderung rechne. Im Völkerrecht ist Deutschland souverän geworden, im Denken noch nicht.

Während der Großen Koalition verdichtete sich die nüchterne Einschätzung von der Bundesrepublik als einer Macht mittleren Gewichts, die gerade in und mit

ihrer westlichen Gebundenheit den Vorteil ihrer geographischen Lage nutzen und bedeutende Veränderungen im deutschen Interesse erreichen könnte. Zu dieser Einschätzung gehörte, daß Amerika gerade wegen seiner unvergleichlichen Stärke sich nicht von Europa lösen und auf sich selbst zurückziehen kann. „Weltmacht und selbstgenügsame Idylle sind nicht zu vereinbaren.“ Wenn also Deutschland und Europa ihre Eigeninteressen fördern, ist keine Abwendung der Vereinigten Staaten zu fürchten; umgekehrt brauchen sich die Amerikaner keine Sorgen zu machen: „Die historischen Entwicklungen richten sich nicht gegen die Interessen der Vereinigten Staaten.“ Bei fast jedem Satz möchte man hinzufügen: Heute erst recht nicht, nachdem das Ziel der Brandtschen Außenpolitik, die deutsche Selbstbestimmung, erreicht ist.

Der reklamierte erweiterte Handlungsspielraum für das eigene Land („Warum nur de Gaulle?“, fragte Brandt in Amerika überraschend) sollte in den Dienst der Entspannungspolitik gestellt werden. Am Anfang stand also die Vision mit Wirklichkeitssinn, Konzeption mit Bodenhaftung.

Nach dem Einzug ins Kanzler-

amt konnte unmittelbar und ohne einen Tag zu verlieren mit der Umsetzung begonnen werden. Mit dem Koalitionspartner war praktisch nahtlose Übereinstimmung schon vorher erzielt worden. Keiner unserer ausländischen Partner konnte überrascht sein, es sei denn davon, daß eine neue Regierung wirklich agierte wie vorher angekündigt. In den folgenden drei Jahren bis zum Herbst 1972 wurde nur operativ durchgeführt, was zuvor in den Köpfen gereift und durchdacht war. Das spätere Markenzeichen „Ostpolitik“, internationalisiert wie später die Vokabel „Glasnost“, war Brandt und seinen Mitstreitern anfangs gar nicht geläufig; es ging ihnen um den Inhalt, weniger um einen Werbeslogan, der gern adoptiert wurde.

Das Nobel-Komitee hat in seiner Begründung für die Verleihung des Friedenspreises auf die kürzeste Formel gebracht, wie man die Außenpolitik Brandts von außen sah: „Im Namen des deutschen Volkes hat Willy Brandt seine Hand zur Versöhnung zu Völkern ausgestreckt, die lange Zeit Feinde waren. Im Geiste des guten Willens hat er außerordentliche Ergebnisse bei der Schaffung von Voraussetzungen für den Frieden in Europa erzielt. Willy Brandt sieht die Stär-

kung der Zusammenarbeit in Westeuropa als integrierenden Teil eines Friedensplanes für ganz Europa.“ Im Herbst 1971, zu einem Zeitpunkt, als noch gar nicht entschieden war, ob der Moskauer Vertrag ratifiziert, ein Vier-Mächte-Abkommen über Berlin, ein Grundlagenvertrag mit der DDR unterzeichnet und ein Ansatz zur Reduzierung der konventionellen Streitkräfte auf den Weg gebracht würde, war diese Formulierung ungemein präzise und treffend.

Die Ostpolitik begann im Westen. Wenn man einmal von der Unterzeichnung des Nicht-Verbreitungsvertrages absieht, bestand die erste außenpolitische Aktion der sozialliberalen Regierung in dem erfolgreichen Versuch, die Sperre für den Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) zu beseitigen, die de Gaulle errichtet hatte. Das gelang im Zusammenwirken von zwei so unterschiedlichen Charakteren wie George Pompidou und Willy Brandt. Der deutsche Kanzler konnte den französischen Staatspräsidenten überzeugen, daß das demokratische Element Englands in Europa unentbehrlich ist. Mit diesem Erfolg der Konferenz in Den Haag noch im Dezember 1969 wurde das Ende der Eu-

ropäischen Freihandelszone (EFTA) eingeläutet und der Weg zur Annäherung der skandinavischen Staaten geebnet. In späteren Jahren, wenn London sich als Bremser betätigte, hat Brandt zuweilen sinniert, ob de Gaulle nicht vielleicht doch recht gehabt habe, als er die *special relationship* der Insel zu den Vereinigten Staaten als noch zu stark eingeschätzt hatte, um die Integration Europas nicht zu behindern. Jedenfalls gingen die Überlegungen in Paris, falls man so kalkuliert hatte, auf, daß unter diesem möglichen Risiko die gleichgerichteten Interessen zwischen Frankreich und Deutschland nicht leiden würden. Wie auch immer: Die Weichen für die Ausweitung der Sechsergemeinschaft waren unwiderruflich gestellt.

Vor diesem Hintergrund und gedeckt nicht mehr durch Konsultation, sondern durch Information im Westen über das Konzept nach Osten, begann die Operation mit Moskau und seinen Verbündeten. Es war eine neue deutsche Politik mit europäischen Wirkungen. Der Außenminister hatte die Kontinuität der Außenpolitik zugesagt, der Bundeskanzler machte eine neue Politik. Der Außenminister hätte gar nicht ankündigen dürfen, daß

er in seiner ersten Regierungserklärung die DDR als Staat bezeichnen werde; er wäre gar nicht Kanzler geworden. In rückblickender verschmitzter Brandtscher Formulierung: „Unter dem politischen Mantel der Kontinuität läßt sich manches auch substantiell verändern.“ Kontinuität und neue Politik sind kein Widerspruch. Kontinuität bedeutet im Grunde nur die Selbstverständlichkeit, daß die eingegangenen völkerrechtlichen Verpflichtungen nicht in Frage gestellt werden, aber das muß nicht so lammfromm wie bisher geschehen. Der Grundsatz *pacta sunt servanda* verlangt weder Servilität noch Verzicht auf neue Pakte.

Ist der eigenständige Bewegungsspielraum im deutschen Interesse zu erweitern, obwohl die Rechte der Sieger für Deutschland als Ganzes und Berlin unverändert bestehen? So lautete die Frage. Die Antwort hieß: Nur bei vollem Respekt für die verbleibenden Siegerrechte kann der Raum eigenständigen Agierens ausgedehnt werden, als wären wir schon souverän, bis an diese sogar nutzbare Grenze. Nur weil die Vier sicher sein konnten, daß ihnen die Dinge nicht entgleiten und die Entwicklung kontrollierbar bleibt, konnten

sie eine Bewegung zulassen, deren Ergebnis zu ihrer nicht ungeteilten Freude eine Bundesrepublik mit erstaunlich gewachsenem internationalen Gewicht war; ein überhaupt nicht erwartetes Wunder, eine stärkere Bundesrepublik, gar nicht bedrohlich, war ein führender Faktor auf der europäischen Bühne geworden.

Die Aussage, daß die Deutschen stolz auf ihr Land sein können, wurde im Jahre 1972 auf ein Wahlkampfplakat gedruckt, das 1998 keine Regierungspartei mehr zu kleben wagte. Damals drückte es übrigens eine Stimmungslage mit einem interessanten innenpolitischen Nebeneffekt aus: Eine rechte Fraktion, die 1969 nur ganz knapp den Einzug in den Bundestag verpaßte und damit eine Fortsetzung der Großen Koalition ersparte, stellte drei Jahre später keine Gefahr mehr dar. Berechtigter Stolz auf das eigene Land ist ein wichtiger Hebel gegen das Aufkommen extremer Rechter. Diese Lehre aus der Brandtschen Außenpolitik darf nicht in Vergessenheit geraten, insbesondere dann nicht, wenn ungerechte soziale Verwerfungen den Nährboden für pseudonationalistische – und sozialistische – Parolen bereiten.

In einer kleinen Parenthese gestatte ich mir, Neid und Hoff-

nung auszudrücken: Neid auf eine Generation von Politikern, die das Glück haben, nun für ein geeintes Land, frei von Siegerrechten, wirklich souverän die großen Chancen einer neuen europäischen Außenpolitik nach dem Epocheneinschnitt in der Geschichte unseres Kontinents verfolgen zu können. Und Hoffnung, daß sie das tun mit dem Anspruch, nicht nur mitzulaufen, etwas zu fördern, sich an etwas zu beteiligen, es mitzutragen, nicht auszuscheren oder wie die Vokabeln alle heißen, sondern etwas zu bewirken, was über das neue Geld hinausgeht, nicht mitzumachen, sondern zu machen, etwas zu schaffen, worauf das eigene Volk stolz sein kann.

Ende 1969 zeigte das weltpolitische Umfeld die Versuche der beiden Supermächte, das sinnlose und gefährliche Rüsten auf dem Sektor der internationalen Atomraketen einzufangen (daraus wurden dann die Verhandlungen zur Begrenzung der Strategischen Rüstung, SALT) und eine wachsende Spannung zwischen Moskau und Peking. Auf der europäischen Szene legte die Sowjetunion die Doktrin fest, daß die Bundesrepublik die DDR und die Oder-Neiße-Linie völkerrechtlich anerkennen, West-Berlin als selbständige politische Einheit

akzeptieren und das Münchner Abkommen als von Anfang an ungültig erklären müsse, ehe vollgültige Beziehungen zu Bonn aufgenommen werden könnten. Zwei Jahre später wurde offenbar, daß die Sowjetunion und ihre Verbündeten nicht einen einzigen dieser Punkte durchgehalten hatten. Aber als diese Grundsätze im Zusammenhang mit der Brezhnev-Doktrin von der begrenzten Souveränität, sprich der begrenzten Selbstbestimmung ihrer Verbündeten, festgelegt wurden, war klar: Erstens, sie brauchten uns nicht zu bekümmern, solange wir nichts wollten; zweitens: weil wir aber die Lage verändern wollten, mußten sie aufgebrochen werden, und drittens: das konnte nur in Moskau geschehen.

Nur dort konnte die Beschlusposition des Warschauer Vertrages verändert werden. Nur dort konnte das Interesse der Sowjetunion an verbesserten Beziehungen zur Bundesrepublik soweit aktiviert werden, daß die Führungsmacht ihre Verbündeten korrigierte. So ist das dann auch geschehen. In diesen Punkten wissen wir heute, daß direkte Verhandlungen mit der DDR und Polen und der CSSR gescheitert wären. Alle drei konnten nicht selbständig handeln und wollten

es auch nicht, weil sie an der rigiden Erhaltung des Status quo interessiert waren. Das hat insbesondere bei den Polen unvermeidbar den Alptraum belebt, daß die Deutschen sich wieder einmal mit den Russen über ihre Köpfe hinweg verständigten. Dieser Eindruck wurde auch nicht wesentlich durch die Tatsache gemildert, daß die Bundesdeutschen sich schließlich auch über die Köpfe der DDR-Deutschen mit den Russen verständigten. Das bleibt ein Schönheitsfehler, unvermeidbar, wenn es um stabilen Frieden in Europa geht.

Schon Präsident John F. Kennedy hatte jene Dialektik ausgedrückt, daß den Status quo anerkennen müsse, wer ihn verändern wollte. Das galt erst recht für das damals ganz utopische Ziel, Voraussetzungen für die deutsche Einheit zu schaffen. Wer das anstrebte, durfte gar nicht an der Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen des Jahres 1937 festhalten, wie es nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes der Rechtslage entsprach, oder die Feststellung der Oder-Neiße-Linie ablehnen; denn die Nachbarn würden nicht weniger als die Sieger Deutschland niemals in eine Einheit entlassen, wenn

dann neue territoriale Ansprüche zu erwarten sein würden. Was die innenpolitischen Gegner als Ausverkauf oder Verrat geißelten, war geradezu die Voraussetzung für deutsche Selbstbestimmung. Es war kontraproduktiv geworden, sich an der ohnehin schon löchrig gewordenen Hallstein-Doktrin festhalten zu wollen, weil die DDR als möglichst eigenständiger Faktor unentbehrlich wurde, wenn eine gesamteuropäische Friedensordnung in Helsinki geschaffen werden sollte, oder jedenfalls die Voraussetzungen dafür.

Alle Vorstellungen von der Befreiung unterdrückter Völker, die gebetsmühlenhaft wie die Formel von der Wiedervereinigung geplappert wurden – schwächlich, wirkungslos und das eigene Nichtstun entschuldigend –, mußten ins Reich der Träume verbannt werden. Auch der Koalitionspartner wollte alte Zöpfe abschneiden. Was im Rückblick plausibel, selbstverständlich und leicht erscheint, erforderte damals Mut. Es war politisch die Trümmerbeseitigung von Relikten der jüngsten Vergangenheit, um das Feld zu planieren für eine sichere europäische Zukunft.

Die Brandtsche Außenpolitik bleibt ein Lehrstück, wie aus einer Position der Schwäche ge-

genüber den außenpolitischen Mitspielern das eigene Ziel erreicht werden kann: eine veränderte europäische Landschaft, die deutsche Selbstbestimmung ermöglicht. Ein Lehrstück für Veränderung des Status quo durch Anerkennung des Status quo. Den wollte Brandt ändern, während die Sowjetunion ihn sichern wollte. Zu diesem Gegensatz der Interessen kam, daß auch unsere Verbündeten wie die Nachbarn im Osten mit der Teilung durchaus zufrieden waren.

Den wenigsten ist dieser Hintergrund der Moskauer Verhandlungen 1970 bewußt geworden, jener Verzicht auf die Befreiungsdoktrin, den die Vernunft gebot und gegen den die Emotion sich sträubte. Gerade das geboten die schmerzhaften Erfahrungen nach dem 17. Juni 1953, den Ereignissen 1956 in Polen und Ungarn und gerade erst 1968, als der Prager Frühling erstickt worden war. Hilfe von außen hatte sich als unmöglich erwiesen. Es wäre ganz unverantwortlich gewesen, neue Versuche zu ermutigen, um nach neuem Fehlschlag wieder berechtigt empört aber hilflos zu protestieren. Bis zum Fall der Mauer – und sogar darüber hinaus – haben dann alle Bundesregierungen die Brandtsche Maxime befolgt, keine di-

rekte Destabilisierung der östlichen Nachbarn zu betreiben, den Prozeß unter Kontrolle zu halten und die Transformation so zu dosieren, daß kein revolutionärer Umschlag eintrat. Natürlich hätte Helmut Kohl, wohl auch die SPD, das SED-Regime im Herbst 1989 stürzen können. Es wäre falsch gewesen. Ohne die verantwortungsbewußte Zurückhaltung in jenen Monaten wäre die Einheit im Jahre 1990 unmöglich geworden. Wir wären statt dessen mit Krisenmanagement beschäftigt gewesen, um ein Kriegsrisiko zu vermeiden. Ohne die Stabilisierung des östlichen Imperiums wäre also dessen friedliches Ende nicht möglich geworden.

Unausweichlich mußte in Moskau die ganze Konzeption unserer bilateralen Vorstellungen erörtert und fixiert werden, wie es sich dann in 10 Punkten niedergeschlagen hat. Das schuf Vertrauen im Kreml, indem Bonn unausgesprochen seine Führungsrolle anerkannte. Das Konzept konnte ungeschmälert durchgesetzt werden. Die Forderung nach völkerrechtlicher Anerkennung der DDR war mit dem durchschlagenden Argument abzuweisen, daß damit die Rechte der Vier Mächte über Deutschland als Ganzes erlöschen würden. Brandts Kalkulation ging

auf, daß letztlich die Sowjetunion wie die Drei Mächte auf ihre unkündbare Kontrolle nicht verzichten würden, solange ein Friedensvertrag nicht einmal am Horizont auftauchte.

Der Hebel, der das Ganze in Bewegung brachte, war der uneingeschränkte Gewaltverzicht für alle Grenzen in Europa. Anders als bei der sogenannten Friedensnote von Bundesaußenminister Gerhard Schröder vom März 1966, als versucht wurde, die DDR zu umgehen, nun unter voller Gültigkeit auch für den zweiten deutschen Staat. Eine friedliche einvernehmliche Änderung von Grenzen mußte möglich bleiben. Der Moskauer Vertrag durfte nicht als Aufgabe unseres Anspruches auf Selbstbestimmung mißverstanden werden können. So kam es zu Idee und Formulierung des sogenannten Briefes zur deutschen Einheit, den ich zusammen mit meinem engsten Mitarbeiter entwickelt habe, und der ein halbes Jahr später in Moskau entgegengenommen wurde, Ende 1972 schließlich auch von der DDR. Das war keine Pflichtübung, wie vom Grundgesetz geboten oder von der Opposition angeregt, sondern integraler Teil des gesamten Konzepts, übrigens auch von der eigenen Überzeugung getragen.

Der Vertrag von Warschau hatte schon die deutsche Einheit im Auge, wenn er formulierte, daß Bonn auch künftig keine territorialen Ansprüche erheben würde. Ohne die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie, die gar nicht unsere Grenze war, wären die 2-plus-4-Verhandlungen später nicht so relativ reibungslos verlaufen. Wie schwer und mutig das innenpolitisch am Anfang war, wird deutlich, wenn man sich erinnert, wie zögerlich der Bundeskanzler noch zwanzig Jahre später für Gesamtdeutschland eine Grenze anerkannte, die keinen Millimeter mehr geändert werden mußte und wurde.

Der herausgehobene Platz, den Polen beanspruchen konnte, ergab sich für Willy Brandt nicht nur, weil dieses Land das erste Opfer des Krieges gewesen und dann wie billige Beute geteilt worden war; mit seinem Kniefall in Warschau bat einer um Vergebung für sein Volk, der gar nicht schuldig geworden war. Die friedliche moralische Kraft dieses Bildes, das um die Welt ging, ist bis heute unübertroffen. Brandt sah Polen als europäischen Partner in ähnlicher Qualität wie Frankreich und hatte sich schon als Außenminister Ärger eingehandelt, als er Gomulka öffentlich Bälle zuwarf und dessen verbale

Versuche aufnahm. Es war enttäuschend, daß dieses Moment im Dezember 1970 ebenso ohne Echo blieb wie die Anregung zu einem deutsch-polnischen Jugendwerk und beide Elemente erst zwanzig Jahre später als historische Meilensteine gefeiert wurden, als ob Neuland entdeckt worden wäre.

Das Abkommen über Berlin stellte ein Kunstwerk besonderer Art dar. Brandt setzte den Moskauer Vertrag, das Kernstück seiner Ostpolitik aufs Spiel, um seine Stadt so weit aus der bis dahin jederzeit möglichen Erpressungssituation zu befreien, wie das unter den gegebenen geographischen Bedingungen möglich war. Zum ersten Male wurde eine Rechtsgrundlage für den zivilen Verkehr von und nach Berlin geschaffen, die verlässlich bis zur deutschen Einheit funktionierte; zum ersten Male nahm der Bundeskanzler die beiden Großen in Washington und Moskau an die Hand und führte sie, ohne sich dessen zu rühmen, zu dem gewünschten Ergebnis. Ihm war völlig bewußt, in welche Schlüsselrolle Bonn gekommen war, im engsten, vertraulichen und unmittelbaren Zusammenwirken mit der Sowjetunion und den USA zu handeln, wobei Frankreich, Großbritannien und

die DDR erst bei der Formalisierung des Ganzen einbezogen wurden. Das Erlebnis, was aus der europäischen Mitte heraus zu bewegen ist, wenn diese Mitte weiß, was sie will, aber auch ihre Grenzen kennt, wurde zu einer Perspektive, die es immer noch gibt.

Schließlich war Brandt völlig bewußt, welchen Markstein in der deutschen Nachkriegsgeschichte es bedeutete, wenn die Vier Mächte erstmals in einer Schlüsselfrage, nämlich Berlin, nicht mehr ohne die Mitwirkung der beiden deutschen Regierungen entscheiden konnten. Ohne das Transitabkommen hätte das Vier-Mächte-Abkommen nicht in Kraft treten können. Das Modell 4 plus 2 war geboren, das 18 Jahre später zu 2 plus 4 werden sollte. Natürlich wußten wir nicht, daß dieses Stück politischer Souveränität ohne formale Souveränität etwa auf der Mitte des Weges zwischen Bildung und Ende der beiden deutschen Staaten stattfand.

Der Grundlagenvertrag sollte das Verhältnis zwischen den beiden Staaten so regeln, daß Prinzipielles bis zur deutschen Einheit nicht mehr handlungsbedürftig würde. So ist es geschehen. Die Normalität des Abnormen führte beide Staaten in die

UN, ohne daß damit die Rechte der Vier Mächte über Deutschland erlöschen konnten. Bis zum Schluß der Verhandlungen blieb umstritten, ob die nationale Frage, in der die Meinungsverschiedenheiten unüberbrückbar waren, als solche in die Präambel kommen sollte oder nicht. In Bonn meinte einer, daran dürfe es nicht scheitern, während Brandt ermutigte, „versuch' es mal“, was bekanntlich glückte.

Niemand darf bei der Betrachtung der Ostpolitik übersehen, daß sie die Politik eines Schwachen war. Brandt hat alle Beteiligten dafür gewinnen können, weil jeder sich dabei Vorteile versprach. Der größte Vorteil, den sich alle erhofften, war die Anerkennung der Teilung, anders gesagt, die Erwartung, damit das leidige deutsche Problem oder die deutschen Querelen für unabhsehbare Zeit loszuwerden, die Lage in Europa zu entspannen und den Frieden unanfälliger zu machen. Die DDR erhoffte sich internationale Anerkennung, die sie auch erreichte. Brandt spekulierte auf den ziemlich langen Prozeß, wie er dann auch einsetzte, und alle waren zufrieden, daß man sich dann 1975 in Helsinki treffen konnte, ohne deutsche Querschüsse, um das Prinzip des Gewaltverzichts zur Ver-



änderung bestehender Grenzen, gleichgültig wie sie zustande gekommen waren, wörtlich wie im Moskauer Vertrag formuliert, zum Grundgesetz der gesamteuropäischen Zusammenarbeit zu machen.

Die Schlußakte von Helsinki war die Multilateralisierung der Ostpolitik. Helsinki mit seinen drei Körben über Sicherheit, Menschenrechte und wirtschaftliche Zusammenarbeit – das ging Brandt zu langsam, die Bürokraten waren ihm zu detailverliebt – hat jedenfalls Grundsätze formuliert, die, wie erwartet, ein bißchen mehr Luft und Liberalität in die Staaten Osteuropas bringen sollten. In der Tat haben sich ja dann Regimekritiker und Bürgerrechtler darauf berufen. Das Wort Dissident, bis dahin im wesentlichen aus der Religionsgeschichte bekannt, wurde zu einem politischen Begriff; nicht zufällig datiert die Charta 77 zwei Jahre später, und ohne Helsinki wäre auch Solidarnosc schwerer erklärbar. Brandt hat an die Völker Ost- und Mitteleuropas nicht nur gedacht, sondern versucht, ihnen praktisch zu helfen, soweit das einem letztlich eben doch nicht souveränen geteilten und insoweit schwachen Land möglich war.

Nachdem der bilaterale Teil

der europäischen Konzeption zu Papier, der multilaterale auf den Weg gebracht war, wandte sich Brandt unverzüglich der Hauptsache zu: der Sicherheitspolitik. Ohne Sicherheit vor und für Deutschland würde niemand Deutschland Selbstbestimmung einräumen. Europäische Sicherheit als Vorbedingung der deutschen Einheit. Dieses Ergebnis der Überlegungen, noch im Auswärtigen Amt 1969 entstanden, blieb maßgebend für alle Regierungen bis zum Frühjahr 1990, als Kohl und Genscher die Reihenfolge modifizierten und formulierten, daß Sicherheit und Einheit jedenfalls *pari passu*, gleichzeitig, erreicht werden sollten. Die Geschichte ist anders verlaufen. Wir haben die Einheit, aber keine gesamteuropäische Sicherheitsstruktur.

Im September 1971, als die Verhandlungen der Vier Mächte noch liefen, als die Ratifizierung des Moskauer Vertrags noch ausstand, unbeeindruckt von der bröckelnden Mehrheit seiner Koalition, ohne zu ahnen, daß sechs Monate später versucht würde, ihn durch ein konstruktives Mißtrauensvotum aus dem Amt zu drängen, begann Brandt mit Leonid Breschnew in Oreauda am Schwarzen Meer über die Fortsetzung zu beraten. Als ob die

Vollendung des Begonnenen schon unbezweifelbar wäre, wurde jene Formel von der Reduktion ohne Nachteile für die Beteiligten erarbeitet, aus der dann die gegenseitig ausgewogene Streitkräftereduktion wurde (MBFR). Die Leidensgeschichte dieser jahrelangen Verhandlungen wurde letztlich erst durch Michail Gorbatschow beendet, der die konventionelle Überlegenheit des Warschauer Paktes anerkannte und auf das in Oreauda definierte Erfolgsrezept zu deren Abbau zurückgriff, noch bevor der Warschauer Pakt aufgelöst wurde. Alle Staaten haben sich daran gehalten, und die konventionelle Bedrohung des Westens wurde beseitigt.

Daß Sicherheit der Schlüssel für die Fortsetzung war, schlug sich dann im Artikel 5 des Grundlagenvertrages nieder, in dem die beiden Staaten verabredeten, sich über europäische Sicherheitsfragen abzustimmen und zu konsultieren und später, als die britische Premierministerin Margaret Thatcher und der amerikanische Präsident Ronald Reagan ihren Kurs des Niederrüstens der Sowjetunion begannen, sahen sich Helmut Kohl und Erich Honecker in einem fast komischen Wettstreit, wer denn das Wort Verantwortungsgemein-

schaft erfunden hat, in dem das Interesse der beiden gebündelt war, die Erfolge der Entspannung nicht im wiederbelebten Kalten Krieg zu verlieren. Das Brandtsche Konzept einer europäischen Sicherheit im atomaren Zeitalter formulierte dann die Palme-Kommission zur Erkenntnis der „Gemeinsamen Sicherheit“, also der Unteilbarkeit der Sicherheit. Im Interesse des Friedens wurden unveränderte Systemgegner zu Partnern der Stabilität.

Nicht zufällig hat sich die Palme-Kommission auf Zentral-europa konzentriert und einen atomwaffenfreien Korridor und Chemiewaffenfreiheit für Zentral-europa vorgeschlagen, die, zunächst angegriffen, erst durch Kohl und Gorbatschow verwirklicht wurden. Wichtig dafür war, daß ein im Jahre 1980 noch völlig unbekannter Mann mit dem Namen Michail Gorbatschow, in seinem Land für den Bereich Landwirtschaft verantwortlich, regelmäßig von diesen Überlegungen unterrichtet wurde und sie sich soweit zu eigen gemacht hat, daß er sie, in den Kreml gekommen, zur sowjetischen Politik gemacht hat. Neues Denken, Gemeinsame Sicherheit, wer mehr hat, muß mehr abrüsten, global und konventionell. Kein großer

Streit lohnt mehr, aber die Wahrscheinlichkeit, daß Gorbatschow trotz und nicht wegen der Nachrüstung, der Brandt – wie in seinen Erinnerungen nachzulesen – kritisch gegenüberstand, zum bewegenden Faktor der Weltpolitik geworden ist, erscheint sehr groß. Schließlich hat die Nachrüstung die Militärs in Moskau gestärkt, alte Strukturen stabilisiert und Gorbatschows Reformen geschwächt.

Ostpolitik ist auch so zu formulieren: Sie hatte ein Ziel, ohne zu wissen, wann und wie es erreichbar wäre. Sie produzierte zwei fruchtbare Ideen: die des Gewaltverzichts und die der Gemeinsamen Sicherheit. Beide haben auch heute noch Bedeutung, beide reichen über das deutsche Thema hinaus.

Gewaltverzicht verlangt, daß es keinerlei Interessen geben sollte, keinerlei ungelöste Fragen, keine konflikträchtigen Probleme, die den Einsatz von Gewalt rechtfertigen. Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts, hat Brandt einmal formuliert. Frieden meinte die Abwesenheit von Krieg. Das war Realpolitik im Gewande eines höheren Wertes. Es blieb weit unterhalb jener modern gewordenen und gar nicht bestreitbaren Definition, daß Frieden auch gesell-

schaftspolitische, wirtschaftliche, menschenrechtliche, umweltbewahrende Elemente enthält. Um von Frieden im umfassenden Sinn sprechen zu können, gehören diese Faktoren dazu, aber ihr Gewicht schrumpft, wenn und solange getötet und zerstört wird. Vom ehemaligen Jugoslawien angefangen über viele Konfliktherde im Kaukasus, Mittelasien bis nach Afrika wäre viel gewonnen, wenn Abwesenheit von Krieg garantiert wäre.

Gewaltverzicht und Stabilität sind Zwillinge. Ohne Gewaltverzicht gibt es keine Stabilität, ohne Stabilität keine Ordnung mit der Aussicht auf friedliche innere Entwicklung der Staaten. Gewaltverzicht ist die Quelle friedlicher Transformation von Konflikten, und zwar deshalb, weil letztlich die Bereitschaft erforderlich ist, Haß zwischen den Kontrahenten abzubauen und durch Vernunft zu ersetzen.

Gewaltverzicht verlangt nicht, daß man sich lieben muß oder daß unterschiedliche gegeneinander gerichtete Überzeugungen und Absichten konvergieren müssen. Jede Seite kann bei ihren Zielen bleiben, unter der überragenden Voraussetzung, zur Durchsetzung keine Gewalt anzuwenden. Nur so hat das funktioniert, als es die bipolare

Welt gab mit antagonistischen Systemen, die kapitalistisch und kommunistisch verfaßt waren, die ihre Wirtschaft ganz verschieden organisiert hatten und die Vokabel Demokratie anders buchstabierten. Dieses Grundgesetz der Stabilität gilt auch, nachdem es die bipolare Welt nicht mehr gibt.

Die Wertekonvergenz bleibt auch künftig kein erstrangiges Ziel. Sicherheit oder Stabilität oder Frieden darf nicht vor islamischen Staaten oder Indien oder China haltmachen, bis deren Anschauungen vom Menschen und seinen Rechten in der Gesellschaft mit den christlich geprägten übereinstimmen. Staaten müssen in den geregelten Gewaltverzicht einbezogen werden, unabhängig davon, ob sie mehr oder weniger demokratisch und marktwirtschaftlich organisiert sind. Das gilt dann auch für Rußland oder die Ukraine oder Kasachstan oder wen auch immer. Die Sicherheit muß wieder unteilbar werden, wie das während der Konfrontation zwischen Ost und West erreicht worden war, weiß Gott unter schmerzlichem Verzicht auf viele Freiheiten für viele Völker. Auch ohne die disziplinierenden Klammern der Blöcke muß ein Ordnungssystem entwickelt werden,

das die unteilbare Sicherheit für alle Staaten schafft, nun ergänzt durch die entbehrten Freiheiten der Völker, aber garantiert durch organisierten Gewaltverzicht. Das ist Logik, Konsequenz und Tradition Brandtscher europäischer Außenpolitik, wohl auch ein Schlüssel zur Konfliktlösung über unseren Kontinent hinaus.

Auch das zweite Element reicht über das deutsche Thema hinaus, aber bleibt kontinental-europäisch. „Ostpolitik“ ist ein Begriff geworden, der in viele Sprachen Eingang gefunden hat – bis ins Koreanische hinein. Darunter wird verstanden, was die Deutschen unter Duldung oder mit Hilfe anderer gemacht haben, um ihre nationalen Interessen zu fördern. Das ist nur zum Teil richtig. Die Analyse ergibt, daß diese Ostpolitik zwischen 1969 und 1972 nur das Gelände planieren sollte, um danach zur Hauptsache zu kommen. Sie sollte das hinterlassene Gerümpel der Vergangenheit so weit beseitigen, daß es den Aufbau einer Zukunft nicht behindert. Diese Zukunft ist später das „Europäische Haus“ genannt worden. Das war ein viel besserer Ausdruck als der Brandtsche eines europäischen Sicherheitssystems. Für ihn war die gesamteuropäische Stabilität das Hauptziel, die deutsche Ein-

heit das erwünschte Nebenprodukt.

Daß diese Politik nicht Europapolitik genannt wurde, lag zum einen daran, daß das Wort Europapolitik schon für die EWG verbraucht war, und zum anderen, daß sie sich, was die ungelösten Fragen anging, die im Osten lagen, dorthin wenden mußte. Nach dem Ende der europäischen Teilung hörte sich das bei Brandt so an: „Gemeinsame Sicherheit für Europa durch strukturelle Nichtangriffsfähigkeit – die Geschichte eröffnet uns eine große Möglichkeit.“ Das ist zu Recht im Präsens gesagt.

Neben Gewaltverzicht und Gemeinsamer Sicherheit muß ein drittes Element der europäischen Szenerie während des Ost-West-Konflikts erwähnt werden: Brandt wußte, daß die Sowjetunion im wesentlichen auf zwei Pfeilern ruhte, der Ideologie und der realen militärischen Macht. Vor den Panzern hatte er Respekt, vor der Ideologie nicht mehr, spätestens seit Chruschtschow den Westen ein- und überholen wollte, also ausgerechnet den Lebensstandard zum Maßstab von Erfolg oder Mißerfolg gemacht hatte.

Der Kitt der Ideologie konnte nur gelockert werden, indem man die ideologischen Fragen

degradierte, also nachordnete unter das überragende Interesse an der Erhaltung des Friedens. Es war einsichtig, daß es besser ist, zusammen zu leben als zusammen zu sterben. Im Zeitalter der gegenseitig gesicherten Zerstörung, also der beiderseitigen Zweitschlagsfähigkeit war die Erhaltung des Friedens wirklich prioritär.

Die Friedenspolitik Willy Brandts schwächte also das ideologische Gebäude des sowjetischen Imperiums. Der Prozeß der ideologischen Aufweichung erfolgte, ohne daß ich das jetzt im einzelnen darlegen will, bis zu dem Ausspruch Gorbatschows: „Wir brauchen Demokratie wie die Luft zum Atmen.“ Das war nun wirklich ideologisch gesehen reiner Sozialdemokratismus und hatte mit der Diktatur des Proletariats nichts mehr zu tun, vergleichbar wenn der Papst sich zum Protestanten erklären würde. Das ging weiter, indem Gorbatschow, als ihm Brandt die Überschriften des neuen Programmwerfs der SPD vorlegte, erklärte: „Das sind meine Themen.“

Es ist aus der Geschichte verständlich, daß eben nur Sozialdemokraten und nicht Konservative derartige ideologische Wirkungen bei Kommunisten erzie-

len konnten. Es lag in der Kontinuität Brandtschen Denkens, daß er 1982, nachdem Helmut Kohl das Kanzleramt übernommen hatte, die Anregung zu Arbeitsgruppen zwischen der SPD-Fraktion und der KPdSU bzw. der SED gab, um Kontinuität zu sichern und sozialdemokratische Einwirkungsmöglichkeit auf regierende Parteien zu erhalten. Parallel dazu gab es jenes Papier zwischen SPD und SED über die Kultur des Streits, die eben auch die Erhaltung des Friedens den ideologischen Auseinandersetzungen überordnete und das, wie wir inzwischen wissen, tiefgehende Wirkungen in der DDR ausgelöst hat. Ich halte es für denkbar, daß die Entideologisierung entscheidend dazu beigetragen haben kann, daß der Zusammenbruch der kommunistischen Staaten, von Rumänien abgesehen, gewaltfrei und unblutig erfolgt ist; denn wer nicht mehr an seine eigenen Werte glaubt, setzt auch nicht die Waffen ein, über die die Regime noch immer verfügten, um sie zu verteidigen. Die kampflose Aufgabe, mit der sich der Kommunismus aus der Geschichte verabschiedet hat, ist ein nicht genügend gewürdigter Beitrag Willy Brandts und seiner europäischen Politik.

Am 12. Dezember 1971 hielt Brandt nach der Entgegennahme des Friedensnobelpreises eine Rede in Stockholm. Der Anlaß machte ihn geneigt, deutlicher als üblich auszusprechen, wie er sich sah und Motive seines Handelns und Fühlens offenzulegen. Ich zitiere: „Bundeskanzler Adenauer war es vergönnt, einen ersten wichtigen Teil zu vollziehen: die Verständigung und die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Staaten des Westens. Uns blieb die Aufgabe, den nicht minder wichtigen Teil anzupacken: die Aussöhnung mit den Nachbarn im Osten und eine gesamt-europäische Zusammenarbeit, die über den Ost-West-Konflikt hinausführt und ihn überlagert.“

Verständlich, daß Brandt für dieses ehrgeizige Ziel die Vokabel „ich“ vermied. Nicht jedoch etwas später: „Sie wissen, ich bin demokratischer Sozialist.“ (Zwanzig Jahre später sagte er: „Je älter ich werde, um so linker werde ich.“) Und als solcher, so erläuterte er, „schöpfe ich aus den Quellen der christlichen Ethik, des Humanismus, der klassischen Philosophie ... Der Friede auf Erden ist eine Verheißung, auf die man nicht zu warten braucht, sondern der man sich durch Taten zu nähern hat ... Ich unterstelle, daß der

Friede organisierbar, daß er machbar ist ... Ich bin kein Träumer. Ich weiß, daß die elementaren Auseinandersetzungen um Ideen und Interessen weitergehen ...“ Aber entscheidend brauchen wir „die Konsequenzen aus der Erkenntnis, daß der Weltfriede zur Lebensbedingung unseres technischen Zeitalters geworden ist“.

Und dann schloß er, ganz ungewöhnlich persönlich mit dem Hinweis des Bischofs von Berlin-Brandenburg an ihn, daß der Tag, an dem der Zuspruch des Nobel-Preises erfolgte, unter der biblischen Losung stand: „Ich will dir

Ruhe geben von allen deinen Feinden.“ Und er fügte an: „Nun, das darf wohl keiner von uns zu hoffen wagen.“

Die ungelösten Fragen der europäischen Stabilität liegen auch nach dem Ende des Ost-West-Konflikts noch immer im Osten. Die Geschichte stellt die Aufgabe, in der Tradition und Kontinuität Brandtschen Denkens unserem Kontinent ein sicheres Haus zu bauen. Willy Brandts europäische Außenpolitik zu vollenden, ist nun denen aufgegeben, die jetzt den Stab übernommen haben.

Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung

Heft 1

Willy Brandt – 25 Jahre Friedensnobelpreis

Berlin 1998

ISBN 3-933090-00-8

Heft 2

Politik für Berlin – Willy Brandt 1957 – 1966

Festveranstaltung der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung

am 6. Februar 1998 im Rathaus Schöneberg zu Berlin

2. Aufl. – Berlin 1999

ISBN 3-933090-01-6

Heft 3

Egon Bahr: Willy Brandts europäische Außenpolitik

Vortrag von Bundesminister a. D. Professor Egon Bahr

am 9. Oktober 1998 im Rathaus Schöneberg zu Berlin

Berlin 1999

ISBN 3-933090-02-4

Sonstige Veröffentlichungen

Willy Brandt 1913 – 1992

Eine Ausstellung der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung

im Rathaus Schöneberg zu Berlin und des Willy-Brandt-Archivs

im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn.

Katalog zur Ausstellung von Gertrud Lenz.

Berlin 1996

ISBN 3-931321-21-5

Die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung ist durch Gesetz vom 25. Oktober 1994 als rechtsfähige bundesunmittelbare Stiftung des öffentlichen Rechts errichtet worden. Ihr Sitz ist das Rathaus Schöneberg in Berlin. Die Stiftung hat den Zweck, das Andenken an das Wirken Willy Brandts zu wahren und seinen lebenslangen Einsatz für Frieden, Freiheit und Einheit des deutschen Volkes, für die Sicherung der Demokratie und für die Verständigung und Versöhnung unter den Völkern zu würdigen. Damit leistet sie im Rahmen ihres politischen Bildungsauftrages einen

Beitrag zum Verständnis der Geschichte dieses Jahrhunderts und der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland.

Die Dauerausstellung „Um die Freiheit kämpfen – Willy Brandt. 1913 – 1992“ im Rathaus Schöneberg ist täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Donnerstags, samstags und sonntags finden jeweils um 14 und um 16 Uhr kostenlose Führungen statt. Zusätzliche Führungen sind auf Anfrage möglich. Der Eintritt ist frei.